



Antrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Sabine Gross, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Die Zukunft Bosnien-Herzegowinas sichern – Demokratie, Stabilität und EU-Integration vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Mit dem Dayton-Abkommen von 1995 beendete die internationale Gemeinschaft den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina und schuf die Grundlage für mehr als drei Jahrzehnte Frieden. Das Abkommen sicherte den Zusammenhalt der rund 3,2 Millionen Bürgerinnen und Bürger – Bosniaken, Kroaten und Serben – in einem gemeinsamen Staat. Doch seit Jahren untergraben separatistische Bestrebungen, insbesondere aus der Republika Srpska, systematisch die Einheit des Landes. Die anhaltende Abspaltungspolitik hat die politischen und sozialen Spaltungen vertieft und die Stabilität des Landes nachhaltig gefährdet.
- Aktuell steht das Land an einem historischen Scheideweg: Entweder es gelingt, die territoriale Integrität zu wahren und den Weg in Richtung Demokratie und europäische Integration konsequent weiterzugehen, oder Bosnien-Herzegowina droht weiter in ethnische Spannungen abzugleiten. Politische Instabilität in der Region eröffnet Raum für externe Einflussnahme, Desinformation und die Schwächung demokratischer Institutionen.
- Bosnien-Herzegowina nimmt eine Schlüsselrolle für Stabilität, Sicherheit und europäische Integration auf dem Westbalkan ein. Die Zukunft des Landes ist eng mit den strategischen Interessen Europas verbunden. Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, zunehmender geopolitischer Spannungen und wachsender Einflussversuche autoritärer Akteure kommt der Stabilisierung und europäischen Verankerung des Westbalkans besondere Bedeutung zu. Die Europäische Union steht deshalb in der Verantwortung, ihre politische Präsenz in der Region zu stärken und die Staaten des Westbalkans auf ihrem Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und europäischer Integration glaubwürdig zu unterstützen.
- Die Stabilität Bosnien-Herzegowinas ist nicht allein eine regionale Frage des Westbalkans, sondern von unmittelbarer geopolitischer Bedeutung für Europa. Eine glaubwürdige Beitrittsperspektive zur Europäischen Union für ein demokratisch verankertes, wirtschaftlich prosperierendes und europäisch integriertes Bosnien-Herzegowina ist ein wichtiger Stabilitätsfaktor für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Fortschritte bei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und dem Schutz von Minderheiten sind dabei unverzichtbare Voraussetzungen für den weiteren Integrationsprozess.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen mit Bosnien-Herzegowina einzusetzen, sofern konkrete Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte erkennbar sind,
- sich für Frieden und Stabilität auf dem Westbalkan zu positionieren, indem konkrete Projekte zur Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialem Zusammenhalt in Bosnien-Herzegowina unterstützt und diese in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und lokalen Partnern sowie der Europäischen Union und der Bundesregierung umgesetzt werden,
- sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine konsequente Westbalkan-Strategie einzusetzen, die den geopolitischen Herausforderungen in der Region Rechnung trägt und die europäische Perspektive Bosnien-Herzegowinas stärkt,
- Maßnahmen zur Stärkung demokratischer Resilienz, zur Bekämpfung von Desinformation sowie zur Förderung unabhängiger Medien und einer aktiven Zivilgesellschaft in Bosnien-Herzegowina zu unterstützen,
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Bayern und Bosnien-Herzegowina insbesondere in den Bereichen Mittelstand, berufliche Bildung, Fachkräftegewinnung, Digitalisierung, Infrastruktur und erneuerbare Energien auszubauen,
- Programme für Jugend-, Hochschul-, Kultur- und Kommunalpartnerschaften zu stärken, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die europäische Integration des Landes nachhaltig zu fördern,
- Projekte zur Förderung des interethnischen Dialogs, der Versöhnung und einer gemeinsamen demokratischen Erinnerungskultur zu unterstützen,
- die Umsetzung grenzüberschreitender Infrastruktur- und Verkehrsprojekte auf dem Westbalkan zu unterstützen, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region und ihre Anbindung an den europäischen Binnenmarkt zu verbessern.

Begründung:

Vor dem Hintergrund des am 11. Mai 2026 bekannt gegebenen Rücktritts des Hohen Repräsentanten Christian Schmidt gibt es dringenden Handlungsbedarf, dass sich die Europäische Union für Frieden und Stabilität auf dem Westbalkan positioniert. Ein möglicher Nachfolger oder eine mögliche Nachfolgerin des Hohen Repräsentanten muss die territoriale Integrität und staatliche Handlungsfähigkeit Bosnien-Herzegowinas entschlossen verteidigen sowie allen separatistischen Bestrebungen konsequent entgegenreten. Zugleich gilt es, Reformen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und EU-Integration zu fördern und dabei das Vertrauen aller Bevölkerungsgruppen sowie der internationalen Partner zu stärken.

Eine klare europäische Perspektive für Bosnien-Herzegowina ist das wirksamste Mittel, um Reformen voranzutreiben, demokratische Institutionen zu stärken und separatistischen Tendenzen entgegenzuwirken. Der Westbalkan darf nicht zu einem geopolitischen Vakuum werden, in dem autoritäre Akteure politischen oder wirtschaftlichen Einfluss gewinnen. Wenn die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Europäische Union, nicht entschlossen handelt, droht Bosnien-Herzegowina weiter politisch zu destabilisieren. Die europäische Integration der Staaten der Region ist ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung des europäischen Kontinents, zur Stärkung demokratischer Strukturen und zur Begrenzung externer Einflussnahme.

Durch die gezielte Unterstützung von Reformen, zivilgesellschaftlichem Engagement sowie die Förderung von Dialog und Versöhnung kann Bayern einen Beitrag zur Stabilisierung Bosnien-Herzegowinas und des gesamten Westbalkans leisten. Gleichzeitig eröffnen sich Chancen für eine vertiefte wirtschaftliche, wissenschaftliche und gesellschaftliche Zusammenarbeit. Die Unterstützung Bosnien-Herzegowinas liegt deshalb

nicht nur im Interesse der Menschen vor Ort, sondern auch im sicherheits-, wirtschafts- und europapolitischen Interesse Deutschlands und Bayerns.